



# Budapestre vonatkozó ujságcikkek

Szerző:

Cím: Die Volksoperfragen.

Forrás:

Pester Lloyd

Bp.

1915 VII. 14

(Helv)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Osztályozás

Tárgy

792

Hely

Népszereplő

Idő

1915

Személy

Helyszám

Közön nyomf. XX cs. 23. sz.

## Die Volksoperfragen.

B u d a p e s t, 13. Juli.

Bekanntlich hatte die Hauptstadt im Frühjahr 1911 ein Terrain auf dem Tiba-Nálmán-Platz der Volksoper-Aktiengesellschaft für fünfzig Jahre gegen die Verpflichtung überlassen, dort mit einer Investition von mindestens 600.000 Kronen ein volkstümliches Theater zu errichten. Dieses Theater, die Volksoper, wurde am 7. Dezember 1911 eröffnet, vom Publikum und der Presse mit ungeteilter Anerkennung begrüßt und allgemein bestand die Ansicht, daß hier mit Unterstützung der Hauptstadt eine Kulturinstitution geschaffen wurde, die berufen erscheint, die kulturellen Anforderungen der breitesten Schichten der Bevölkerung zu befriedigen.

Das neue Theater schloß seine erste halbjährige Saison auch mit einem entsprechenden günstigen Resultat ab. In der nächsten Saison, 1912—1913, erzielte das Theater besonders durch seine Opernvorstellungen und in deren Rahmen durch das Auftreten ausländischer Gäste glänzende Erfolge. Die dritte Saison, 1913—1914 jedoch war wegen der infolge des Balkankrieges auch bei uns eingetretenen wirtschaftlichen Krise nicht gelungen, so daß das Theater am Ende dieser Saison in eine Krise geriet.

Da im Sinne der Vertragsbestimmungen das Territorium und das Gebäude in das Eigentum der Stadt übergehen, falls der Unternehmer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, mußte die Hauptstadt sich im Sommer des vorigen Jahres mit der Frage beschäftigen, das in ihren Besitz gelangende Theater ihren eigenen Interessen entsprechend zu verwerten. Die Lösung, das Theater in eigene Regie zu übernehmen, schien von vornherein ausgeschlossen und da sich, trotzdem die zuständige Sektion wiederholt Aufrufe erließ, kein Bächter meldete, leitete der Bürgermeister mit dem Kultus- und Unterrichtsminister Verhandlungen nach der Richtung ein, daß dieses das Theater für die Zwecke der kön. ung. Oper übernehmen.

Diese Verhandlungen boten Aussicht auf Erfolg. Das Ministerium wollte das Theater für zwei Jahre in Pacht nehmen und bot einen jährlichen Pachtzins von 102.500 Kronen an, behielt sich aber das Recht vor, die ganze Realität für 2.600.000 Kronen als Eigentum zu erwerben und verlangte diesbezüglich von der Hauptstadt eine Option. Aus dem Kaufpreise wollte die Hauptstadt das Hypothekendarlehen von 1.300.000 Kronen, die öffentlichen Lasten von 284.000 Kronen

und die mit 70.000 Kronen präliminierten Umgestaltungs-kosten decken, während der Rest von 285.000 Kronen den Gläubigern überlassen werden sollte.

Unmittelbar vor dem Abschluß der Verhandlungen zwischen der Hauptstadt und dem Fiskus erfolgte die Kriegserklärung der Monarchie und in deren Ausfluß der Weltkrieg, der alle Unterhandlungen abbrach.

Vom Herbst 1914 bis Ende Mai laufenden Jahres spielte ein aus dem Theaterpersonal gebildetes Konjortium auf eigene Verantwortung und Rechnung im Theater. Wenn auch hiedurch das Schicksal des Theaters keine Lösung fand, so fanden doch im Interesse der Regelung ununterbrochen Verhandlungen statt: einerseits bei der Volkstheater-Aktiengesellschaft, andererseits infolge des Interesses der Hauptstadt auf dem Stadthause. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen erteilt nun die Wirtschaftssektion des Magistrates eine detaillierte Aufklärung und stellt in deren Rahmen auch einen Antrag betreffend das weitere Schicksal des Theaters.

Die Unterbreitung beleuchtet die Geschichte des Theaterbaues wie auch die Verhandlungen mit dem Fiskus und führt sodann an, daß die Volkstheater-Aktiengesellschaft am 7. d. M. ein Gesuch an den Magistrat gerichtet habe, in dem sie anmeldet, daß sie einen Modus zur Regelung aller ihrer schwebenden Angelegenheiten gefunden habe und dementsprechend die Möglichkeit des weiteren Fortbestandes der Aktiengesellschaft vorhanden ist, falls die Hauptstadt den Vertrag über die Verwendung der Volksoper in mehreren Punkten entsprechend zu modifizieren geneigt ist.

Die erwähnte Lösung besteht in ihren Hauptzügen in folgendem:

Die Volksoper-Aktiengesellschaft trifft mit jenen Gläubigern, deren Forderungen auf dem Grundstücke der Hauptstadt nicht gesichert sind, einen Ausgleich und wird die Forderungen dieser Gläubiger auf dem Ausgleiche wege begleichen und das der Hauptstadt auch nachweisen. Die Aktiengesellschaft übernimmt die Bezahlung der restlichen Raten des intabulierten Hypothekendarlehens und der fälligen Amortisierungsraten, die Auszahlung der rückständigen Steuern und steuerartigen öffentlichen Lasten und deren pünktliche Bezahlung in der Zukunft. Sie übernimmt ferner die Rückertattung von 25 Prozent der der Hauptstadt gebührenden Betriebsforderungen und bietet für die 46jährige Be-

nützungszeit einen Pachtzins von insgesamt 575.000 Kronen, verpflichtet sich jedoch ferner, das Gebäude in stand zu setzen, in stand zu halten und gegen Feuer zu versichern. Ihrerseits bittet sie darum, daß sie bei Aufrechterhaltung des kulturellen Charakters des Instituts das Recht zur Veranstaltung und Abhaltung von Revuen, Varieténummern, kinematographischen und damit verwandten Vorstellungen erhalte, und zwar in der Weise, daß sie die einzelnen Kunstgattungen ausschließlich oder alternativ kultivieren könne. Die Aktiengesellschaft hat zur Dokumentierung des Ernstes ihres Angebotes ein Reugeld von 73.000 Kronen deponiert.

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit diesem Antrage und beschloß, ihn der Generalversammlung mit dem Zusatz zur Annahme zu empfehlen, daß die Hauptstadt dem Magistrat für die Ermächtigung zum Abschluß des bezüglichen Benützungsvertrages für den Fall erteile, wenn die Aktiengesellschaft nachweist, daß sie die Rückstände des Hypothekendarlehens und außerdem alle sonstigen privaten und öffentlichen Schulden beglichen habe.

Die Angelegenheit gelangt Freitag vor die Finanzsektion und dann vor die nächste Generalversammlung.